

Kreiskonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

01.07.2006 Oschatz

Gegenstand:

Demografische Entwicklung in Sachsen und ihre Konsequenzen

Antragsteller:

Landesvorstand

Bemerkungen:

TO-Punkt

A-3

Die Kreiskonferenz beschließt folgendes Thesenpapier zur Debatte in die Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften zu geben. Die Ergebnisse der Diskussionen fließen bei der Weiterbehandlung des Themas Demografie in die nächste Kreiskonferenz ein.

5

Thesen zur demografischen Entwicklung in Sachsen und ihren Konsequenzen

Politik kann den demografischen Wandel nicht umkehren

10

Der demografische Wandel ist eine Tatsache, die die Politik zu lange ignoriert hat. Er betrifft ganz Europa und ganz Deutschland und zeichnet sich vor allem durch zwei Faktoren aus: Die Zahl der Geburten reicht nicht aus, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten; die Bevölkerung schrumpft also. Dem steht die sich erhöhende Lebenserwartung gegenüber; die Bevölkerung wird also im Durchschnitt immer älter.

15

Die letztere Entwicklung ist ein Gewinn für die Menschen und sollte im Hinblick auf die Chancen, die sich durch sie bieten, betrachtet werden. Der Bevölkerungsrückgang kann in der Tendenz vorerst nicht aufgehalten werden: Eine Geburtenquote, die den jetzigen Bevölkerungsstand erhalten würde, wäre utopisch. Im Übrigen ist die jetzige Situation zurückgehender Geburtenzahlen das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung, die sich im letzten Jahrzehnt lediglich verschärft hat. Sie ist nicht kurzfristig umkehrbar.

20

Die Landespolitik muss dem demografischen Wandel mit einer gemischten Strategie der Anpassung und der Gegensteuerung begegnen

25

Da die Richtung der demografischen Entwicklung mit politischen Mitteln nicht umkehrbar ist, müssen Anpassungsprozesse in der Infrastruktur, der Verwaltung, in den Öffentlichen Finanzen, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeleitet werden. Aber damit ist die Option des Gegensteuerens

30 nicht erledigt. Anpassungsprozesse werden mit Einschnitten verbunden sein, die oft schmerzhaft
 sein können. Die Planung von Einschnitten hat aber auch zu berücksichtigen, welche Chancen,
 Menschen zum Leben mit Kindern zu ermutigen, Abwanderungstendenzen aufzuhalten und Zu-
 wanderung zu ermöglichen, geschaffen werden können und müssen. Bloße Anpassung wäre Ka-
 35 pitalation. Der Versuch, den demografischen Wandel gänzlich zu „stoppen“, wäre hingegen aus-
 sichtslos. Realistisch und Erfolg versprechend kann nur eine gemischte Strategie sein.

Abwanderung der letzten Jahre ist ein wichtiger Faktor für die Situation in Sachsen

40 Die besondere Lage der neuen Bundesländer und insbesondere Sachsens ergibt sich aus der Ab-
 wanderung insbesondere jüngerer Menschen, die die Ausgangssituation verschärft. Die Landespo-
 litik muss sich um „Bleibefaktoren“ bemühen, um die Abwanderung zu begrenzen, auch wenn
 sich der Trend zur Abwanderung in neuester Zeit insgesamt stark abgeschwächt hat – hier sind
 45 allerdings regionale Unterschiede zu beachten: Einige Regionen verlieren an Bevölkerung auch
 aufgrund von Wanderungsbewegungen innerhalb des Freistaates. Das Recht junger Menschen,
 neue Chancen außerhalb Sachsens zu suchen, sollte nicht in Frage gestellt werden, auch wenn
 Abwanderung grundsätzlich problematisch für die Landespolitik ist. Deshalb sollte sich die Lan-
 despolitik noch stärker um Anreize bemühen, die Menschen, die Sachsen verlassen haben, zur
 50 Rückkehr bewegen könnten. Viele Sächsinen und Sachsen, die den Freistaat aus Gründen der
 Ausbildung oder des Berufes wegen verlassen haben, würden gerne in ihre Heimat zurückkehren.
 Deshalb müssen ihnen hier neue Chancen geboten werden. Junge Menschen müssen aber auch
 über die Chancen in ihrer Heimatregion, die sich in einigen Branchen aufgrund des einsetzenden
 Fachkräftemangels ergeben, besser aufgeklärt werden. Das für viele selbstverständlich gewordene
 55 Bild, dass das Verlassen der Heimat die notwendige Voraussetzung für eine berufliche Zukunft ist,
 darf sich nicht verfestigen.

Zuwanderung ist eine Chance

60 In Sachsen müssen aber auch die Potenziale der Zuwanderung genutzt werden. Das gilt für die
 Zuwanderung aus anderen Bundesländern wie auch für die Zuwanderung aus dem Ausland. Alle
 Tendenzen der Abschottung sind schädlich für unser Bundesland. Sachsen muss weltoffener wer-
 den, damit Menschen hier eine neue Heimat finden können. Insbesondere im Hinblick auf die
 Bedeutung von Hochschulen und Forschung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung gilt das
 65 Gebot der Weltoffenheit: Hochschulen und Forschungseinrichtungen leben von Austausch und
 Internationalität.
 Der erfolgreichen Integration von ausländischen Zuwanderern kommt eine hohe Bedeutung zu.
 Zuwanderer brauchen in Sachsen reale Chancen auf Qualifizierung, beruflichen und unternehme-
 rischen Erfolg. Sie müssen ein aktiver Teil der sächsischen Gesellschaft und des demokratischen
 70 Gemeinwesens werden.

Kinderfreundlichkeit bleibt eine zentrale Aufgabe

75 Es wäre eine Illusion, dass eine verbesserte Kinderbetreuung den demografischen Wandel in Sach-
 sen aufhalten könnte. Aber trotzdem bleibt eine kinderfreundliche Politik eine wichtige Aufgabe,
 um die negative Entwicklung abzufedern. Kinderfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor. Vor
 dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz um Fachkräfte ist zu beachten, dass eine über-

80 durchschnittlich gute Kinderbetreuung für viele qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen wichtigen Faktor bei der Entscheidung, wo sie sich niederlassen, darstellt. Für die Ansiedlung von Betrieben wird neben der übrigen Infrastruktur wichtig sein, inwiefern Kommunen dazu beitragen, ihren Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Wir stehen für eine emanzipative Familienpolitik, die es Menschen ermöglicht, ihre eigenen Kinderwünsche zu realisieren. Wir halten es aber nicht für eine Aufgabe der Familienpolitik, Plansollzahlen in der Bevölkerungsentwicklung zu erfüllen. Ein solcher Ansatz wäre weder realistisch, noch human. Eine emanzipative Familienpolitik trägt auch dem Umstand Rechnung, dass es Formen des Lebens mit Kindern jenseits des traditionellen Verständnisses von Ehe und Familie gibt.

90 **Frauenpolitik gewinnt durch den demografischen Wandel einen neuen Stellenwert**

Das Abwanderungsproblem Sachsens liegt in besonderem Maße im Weggehen junger Frauen begründet. Frauen, die Kinder haben wollen, bringen diese außerhalb Sachsens zur Welt. Die beruflichen Chancen junger Frauen zu verbessern, und vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, ist daher eine wichtige Aufgabe der Politik. Ein familienpolitisches Leitbild, das Frauen an den Herd zurückdrängen will, wird keine heile Welt und schon gar keine höhere Geburtenrate bringen. Es kann auch nicht angehen, Frauen nach ihrer Kinderzahl zu beurteilen, während beispielsweise die Kinderlosigkeit von Männern überhaupt nicht diskutiert wird. Vielmehr müssen jungen Frauen Möglichkeiten eröffnet werden, ihren Kinderwunsch zu erfüllen, ohne auf eine gute Ausbildung und eine interessante Berufstätigkeit verzichten zu müssen. Überkommene familienpolitische Vorstellungen dürfen auch nicht dazu führen, dass allein erziehende Mütter in Stich gelassen werden. Eine Ideologie, die die Geburt und die Erziehung von Kindern nur im Rahmen traditioneller Familienbilder zulassen will, wird der gesellschaftlichen Realität insbesondere der neuen Bundesländer und Sachsens nicht gerecht.

105

Der Faktor Bildung gewinnt durch den demografischen Wandel an Bedeutung

110 Auf den ersten Blick scheint sich aus schrumpfenden Schülerzahlen in erster Linie die Notwendigkeit von Schulschließungen zu ergeben. Dabei gerät aber aus dem Blick, dass Sachsen erstklassige Bildungsangebote braucht, um langfristig zukunftsfähig zu bleiben. Wenn Kinder keine optimale Schulbildung erhalten, wird sich der Fachkräftemangel verschärfen, der aufgrund des demografischen Wandels jetzt schon abzusehen ist. Das führt zu Betriebsschließungen, zur Abwanderung von Arbeitgebern und somit zu einer Chancenverschlechterung für alle, die in weitere Abwanderung münden wird. Eine Politik des simplen Streichens und Sparens würde also eine negative Entwicklungsspirale verursachen. Der Schul- und Bildungspolitik kommt somit eine wichtige Funktion des Gegensteuerns zu. Daran schließt auch die Bedeutung der Hochschul- und Forschungspolitik an: Hochschulen und Forschung halten junge Menschen im Land und von ihnen gehen langfristige wirtschaftliche Impulse aus.

120

Die öffentlichen Finanzen müssen „demografiefest“ gemacht werden

125 Die demografische Entwicklung führt dazu, dass die Pro-Kopf-Verschuldung aufgrund einer geringeren Einwohnerzahl steigt. Verbesserte Produktivität und Wachstum können diese Entwicklung vielleicht wenigstens teilweise kompensieren, aber die Regression des Solidarpaktes II wird die finanzielle Lage Sachsens automatisch verschlechtern. Vor diesem Hintergrund sind große Ein-

130 sparungen unumgänglich. Das bedeutet, dass überprüft werden muss, welche Kosten sich durch den demografischen Wandel erübrigen können. Gleichzeitig ist zu beachten, dass Verwaltungsaufwand und Infrastrukturkosten „pro Kopf“ bei einer schrumpfenden Gesamtbevölkerungszahl sich erhöhen werden. Verwaltungsabbau ist durch erhöhte Verwaltungseffizienz zu ermöglichen. In der Infrastrukturpolitik muss dringend umgedacht werden, da überdimensionierte Systeme für zurückgehende Einwohnerzahlen zu höheren Pro-Kopf-Kosten führen.

135

Infrastrukturen müssen der Realität angepasst werden

140 In Sachsen muss die Beurteilung der Infrastruktur ehrlicher werden. Beim Ausbau von Infrastruktur muss die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden. Vor allem Verkehrsprojekte müssen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Eine durch Bevölkerungsrückgang bedingte geringere Auslastung von Infrastruktur führt zu höheren Pro-Kopf-Kosten. Insbesondere groß dimensionierte Straßenbauprojekte sind zunehmend in Frage zu stellen. Angesichts mittelfristig nicht umkehrbarer realer Schrumpfungsprozesse müssen die wachstumsorientierten Vorstellungen der Kohl-und-Biedenkopf-Ära zu den Akten gelegt werden.

145 In Bereichen wie der Energie-, Wärme- und Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung muss nach dezentralen Lösungen gesucht werden. Beim Stadtumbau müssen die Auswirkungen auf bestehende Infrastrukturnetze und Folgekosten berücksichtigt werden. Neben dem „Rückbau“ von Gebäuden muss zunehmend der Umbau von technischer Infrastruktur gefördert werden. Anpassung muss zunehmend zum Schwerpunkt von Förderpolitik werden.

150

Eine neue Politik für die Alten ist nötig

155 Mit der Alterung der Gesellschaft werden die besonderen Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen eine größere Rolle spielen. Politik für alte Menschen kann daher nicht mehr ausschließlich die traditionelle „Altenhilfepolitik“ sein. Aber wir dürfen auch keinesfalls übersehen, dass ein Altern in Würde für viele gebrechliche, hilfs- und pflegebedürftige Alte garantiert werden muss. Neben dieser großen Herausforderung steht die Aufgabe, alten Menschen eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Öffentliche Einrichtungen werden in zunehmendem Maße barrierefrei und altengerecht zu gestalten sein, die Verwaltung muss auch für Alte zugänglich sein, wenn man verhindern will, dass ein immer größer werdender Bevölkerungsteil ausgegrenzt wird. Dabei sind dezentrale Lösungen zu bevorzugen: Insbesondere die eingeschränkte Mobilität vieler älterer Menschen muss berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang bietet das Internet große Chancen, älteren Menschen den Kontakt zu Verwaltungen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Den Alten muss der Zugang zu diesem Medium erleichtert werden.

160 Altengerechte Strukturen verhindern aber nicht nur Ausgrenzung, sie werden auch ein Faktor bei der Konkurrenz der Kommunen bzw. der Bundesländer um Alte als Einwohner, die Leistungen in Anspruch nehmen, zu immer größeren Teilen noch beruflich und wirtschaftlich tätig sind und auch Steuern zahlen. Mehr gesündere und aktivere Alte können entscheiden, wo sie ihren Lebensabend verbringen wollen.

170 Altenpolitik wird viele Facetten haben: Wohlhabende Senioren werden zunehmend als wirtschaftlicher Faktor erkannt werden müssen, aber auch für viele ältere Menschen, denen es nicht so gut geht, trägt die Politik eine hohe Verantwortung.

175 Gesundheitspolitik wird dazu beitragen müssen, dass Vorsorge schon in jüngeren Jahren mehr Menschen ein Alter in Gesundheit und Fitness ermöglicht.

Bürgerbeteiligung wird wertvoller denn je

180

Das urgrüne Anliegen einer verbesserten Bürgerbeteiligung gewinnt durch den demografischen Wandel an zusätzlicher Bedeutung. Zum einen wird bürgerschaftliches Engagement aufgrund der schwieriger werdenden infrastrukturellen und finanziellen Bedingungen zunehmend an die Stelle staatlichen Handelns treten müssen. Der Politik kommt die Aufgabe zu, bürgerschaftliches Engagement zu ermutigen und ihm optimale Rahmenbedingungen zu schaffen.

185

Damit hängt für uns aber auch die Aufgabe der verbesserten demokratischen Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Diese sollen nicht nur „herangezogen“, sondern auch effektiv an Entscheidungen beteiligt werden. Bürgerbeteiligung bedeutet auch, die gesellschaftliche Teilhabe von Gruppen, die durch den demografischen Wandel isoliert zu werden drohen, z.B. der Alten in sich entvölkernden Landstrichen. Bürgerbeteiligung betrachten wir ferner als einen wichtigen „Bleibefaktor“. Wo Menschen selbstbestimmt ihr Leben und Zusammenleben gestalten können, wird regionale Identität gesichert statt nur beschworen.

190

In vielen Bereichen wird Verwaltung aus Kostengründen abgebaut werden müssen. Damit ist die Aufgabe der Neugestaltung verbunden: Beratung wird zunehmend Verwaltung ersetzen müssen. Land und Kommunen werden immer öfter von der Verarbeitung zur Weitergabe von Informationen übergehen müssen. Diesen Prozess gilt es nicht nur im Sinne der Kostenersparnis zu gestalten, sondern auch mit dem Ziel von mehr Demokratie, Bürgerbeteiligung, Transparenz und Selbstbestimmung.

195

200

Regionale Differenzierung ist nötig

Auch wenn eine allgemeine Richtung der demografischen Entwicklung erkennbar ist, darf die Politik nicht von pauschalen Bewertungen ausgehen. Eine schwierige, aber notwendige Aufgabe ist die Berücksichtigung regionaler Differenzen, um zielgenaue Antworten zu finden. Hier spielen zahlreiche Faktoren eine Rolle: Metropolen sind vom ländlichen Raum zu unterscheiden, regionale wirtschaftliche Strukturen und Entwicklungen sind zu berücksichtigen wie geografische Lagen, z.B. in den Grenzgebieten. Die Faktoren, die regionale Entwicklungen prägen werden, sind wirtschaftlicher, sozialer, aber auch kultureller Natur. Daraus sind regionale Strategien innerhalb eines breiten Spektrums von Handlungsoptionen abzuleiten. Dieses Handlungsspektrum wird von der Möglichkeit, gegebenen positiven Entwicklungen Kontinuität zu verleihen, über radikale Umorientierungen bis zur Notwendigkeit, vor Ort einen kompletten Neubeginn zu wagen, reichen.

205

210

215

Sachsens Antwort auf die demografische Entwicklung wird bundespolitische Bedeutung haben

Sachsens Antworten auf den demografischen Wandel werden nicht nur für den Freistaat von Bedeutung sein. Auch die anderen neuen Bundesländer sind vom demografischen Wandel betroffen und langfristig ist es auch die gesamte Bundesrepublik. Sächsischen Lösungen kann daher in Zukunft Modellcharakter zukommen. Der verantwortliche Umgang mit den finanziellen Problemen wird auch für die Diskussion um die Solidarität zwischen den Bundesländern von Bedeutung nach Auslaufen des Solidarpakts II sein. Sachsen wird daran gemessen werden, wie es die Mittel aus dem Solidarpakt II verwendet. Hier kann der Freistaat eine positive Rolle in der Diskussion um die Zukunft des Aufbaus Ost spielen.

220

225

